



27. März  
ab 17 Uhr,  
Stadthalle Hilden  
"CDU pur mit  
Carsten  
Linnemann"

## Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem karnevalistischen Helau und Alaaf sind wir jetzt mitten in der Fastenzeit – auch politisch. Denn während das Land in immer schwierigere Verhältnisse abrutscht, wird auf der Regierungsbank unverdrossen eine Agenda abgearbeitet, die nicht zur viel beschworenen Zeitenwende passt. Aber im Dunst des eigenen „Großprojektes“ Cannabis-Legalisierung kann man schon mal den Blick für die wirklich wichtigen Themen verlieren. Etwa die zunehmenden Widrigkeiten, denen sich die heimische Wirtschaft ausgesetzt sieht. Im Südkreis ist das z. B. spürbar in Mettmann, was ich beim Unternehmerverspräch „Talk-in-Town“ aus erster Hand erfahren musste. Auch die öffentlichen Finanzen bleiben ein großes Thema, dem ich mich in dieser Ausgabe mit einem Schwerpunkt zur Schuldenbremse widme. Im Zeichen der bevorstehenden Europawahl im Juni stand der EU-Projekttag, zu dem ich an zwei weiterführenden Schulen einen lebendigen Austausch hatte. Gleiches gilt auch für die „Gesundheits“-Ausgabe von „Wiener trifft...“.

Das und mehr lesen Sie in diesem Newsletter. Viel Spaß dabei!

*Ihr und Euer*  
**Dr. Klaus Wiener**



## Expertenrunde bei „Wiener trifft...“: Wie gesund ist unser Gesundheitssystem?

Nicht erst die jüngsten Krankenhaus-schließungen in Haan und Hilden haben die Gesundheitspolitik auch bei uns im Südkreis in den Fokus gerückt. Im Rahmen meiner Veranstaltungsreihe „Wiener trifft...“ diskutierte ich das Thema in einer breit aufgestellten Expertenrunde.

Schon länger beschäftigt mich eine Schieflage im deutschen Gesundheitssystem: „Wir haben ein Missverhältnis zwischen dem vielen Geld, das die Beitragszahler dem System zur Verfügung stellen und dem, was davon in der Versorgung und bei den Leistungserbringern landet.“

Meine Bundestagskollegin aus dem Gesundheitsausschuss, Simone Borchardt, untermauerte diesen Ansatz: „Wir haben kein Geldproblem, sondern ein Ausgabenproblem.“ Bestätigung bekamen wir Parlamentarier aus der Wissenschaft: Gesundheitsökonom Professor Dr. Hendrik Jürges von der Bergischen Universität Wuppertal attestierte einen unheilvollen Mix aus „Fehl-, Über- und Unterversorgung“.

Ein Parade-Beispiel dafür aus der Praxis nannte der Haaner Zahnarzt Dr. Christoph Sandweg mit dem Verweis auf Prophylaxe-Leistungen, die die Krankenkassen zwar bezahlen, die aber oft nicht in Anspruch genommen würden. Gleichzeitig bemängelte er die Bürokratisierung. Das tat auch der Haaner Ratsherr und Mediziner Professor Edwin Bölke, der für eine „wertorientierte Medizin, weg von Fallpauschalen“ plädierte.

Fazit: Deutschland investiert nach wie vor sehr viel in sein Gesundheitssystem, und der Zugang zu medizinischen Leistungen ist im internationalen Vergleich auch sehr gut. Damit dies aber so bleiben kann, muss die Politik jetzt den Mut haben, beherzt die erforderlichen Reformen anzugehen.



## Deutschland braucht endlich eine echte Zeitenwende

Vergangenen Samstag, am 24. Februar, jährte sich der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zum zweiten Mal. Bereits seit zwei Jahren verteidigt das ukrainische Volk nicht nur seine Freiheit, territoriale Integrität und politische Souveränität, sondern auch unsere Demokratie. Daher ist klar: Die Ukraine muss gemeinsam von Deutschland und unseren NATO-Partnern das Maß an Unterstützung erhalten, das sie für einen erfolgreichen Kampf gegen den Aggressor braucht. Dazu ist allerdings eine Zeitenwende notwendig, die ihrem Namen gerecht wird und langfristige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in den Fokus stellt. Die vom Bundeskanzler am 27. Februar 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“ ist über die reine Form der Ankündigung nämlich noch nicht wirklich hinausgekommen. Daher haben wir einen [Antrag](#) eingebracht, der u.a. fordert, die Ukraine durch unverzügliche Waffenlieferungen im Kampf gegen Russland zu unterstützen. Wenngleich die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Frau Dr. Strack-Zimmermann unserem Antrag zustimmte (ein deutliches Zeichen für die Uneinigkeit innerhalb der Ampel-Regierung) und auch die Ampelfraktionen selbst einen [Antrag](#) für mehr Waffenlieferungen einbrachten, wurde unser Antrag von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt. Zuletzt hat sich der Kanzler zum Thema geäußert und eine Lieferung von Taurus-Abwehrraketen kategorisch ausgeschlossen, eine Haltung, die sich leicht als historischer Fehler erweisen könnte, zumal Frankreich und Großbritannien bereits solche Systeme liefern und dies auch völkerrechtlich gedeckt ist.

## BERLIN



## Volles Haus beim Wirtschaftsgipfel der CDU/CSU-Fraktion

Dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland ernst ist, habe ich an dieser Stelle bereits öfter betont. Deutlich wurde dies auch am starken Andrang beim CDU/CSU-Wirtschaftsgipfel: Über 700 Unternehmer und Unternehmerinnen aus ganz Deutschland sind auf Einladung unserer Fraktion nach Berlin gekommen, um über Probleme und Herausforderungen des unternehmerischen Alltags zu berichten.

Wenngleich Unternehmer unterschiedlichster Branchen – vom Fahrradgeschäft bis zum Logistikunternehmen – zu Wort kamen, richteten die Unternehmen doch immer wieder ähnliche Forderungen an die Politik: Es braucht ein bezahlbares und sicheres Energieangebot, eine Abkehr von den überdimensionalen Bürokratie- und Regulierungsvorhaben sowie eine Arbeitsmarktpolitik, die Anreize zum Arbeiten schafft, statt diese immer weiter abzubauen (Stichwort Bürgergeld).

Erfreulich in eigener Sache: Mit Sandra Jachmann, Geschäftsführerin der Erich Jachmann Spedition EJS GmbH & Co. KG in Mettmann, berichtete eine junge Unternehmerin aus unserem Wahlkreis in einer Podiumsdiskussion über ihren Geschäftsalltag und konkrete Herausforderungen in der Logistik- und Speditionsbranche.



## Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

## Und schon wieder muss nach unten korrigiert werden...

Turnusmäßig stellte Bundesminister Dr. Habeck zum Beginn des neuen Jahres seinen Jahreswirtschaftsbericht in der letzten Sitzungswoche vor. Mitenthalten dabei, die Jahresprojektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands für 2024: Magere 0,2 % Wirtschaftswachstum erwartet die Bundesregierung für dieses Jahr – nachdem im Wirtschaftsbericht des letzten Jahres noch ein Wachstum von 1,8 % für 2024 prognostiziert wurde.

D.h. auch 2024 scheint die deutsche Wirtschaft noch nicht wieder richtig in Fahrt zu kommen. Und wenn man mit Unternehmen in unserem Land spricht (siehe Beitrag zum Wirtschaftsgipfel links) verwundert dies auch nicht. Denn das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat sich seit der Amtszeit Habecks viel zu einseitig auf klimapolitische Maßnahmen konzentriert und somit zu viel Zeit und Ressourcen in kleinteilige Gesetzesvorhaben (z. B. Heizungsgesetz) oder spezifische Industrieförderung (z. B. 10 Mrd. Euro Förderung für eine Intel-Chipfabrik) gesteckt. Auch ich bin der Meinung, dass wir unsere klimaschädlichen Emissionen drastisch reduzieren müssen, aber dafür müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen langfristig Vertrauen und Investitionssicherheit geben – und genau hier versagt die Bundesregierung zurzeit.

Die kontinuierliche Abnahme unserer Wirtschaftsleistung und das sinkende Vertrauen von Unternehmern und Verbrauchern in die Bundesregierung bereitet mir als Volkswirt schon länger Sorgen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir nun parallel zur Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts ein [Sofortprogramm](#) für die kurzfristige konjunkturelle Belebung der deutschen Wirtschaft eingebracht. Zusätzlich müssen wir aber auch mittel- bis langfristige Maßnahmen umsetzen, die unserem strukturellen Wachstumsproblem entgegenwirken. Dazu gehört die Ausweitung des deutschen Energieangebots, die Hebung des Arbeitspotenzials (gerade auch des inländischen), die Stärkung unseres Bildungssystems und eine grundlegende Evaluierung der Bürokratie- und Regulierungsvorhaben der letzten Jahre. Meine aktuelle Rede zum Thema im Bundestag können Sie [hier](#) sehen.

## Talk in Town in Mettmann



Eine gute Gelegenheit, um sich in nahbarer Runde über lokale Wirtschaft auszutauschen, ist die Mettmanner Veranstaltungsreihe „Talk-in-Town“. Bereits zum zweiten Mal durfte ich dort als Gastredner aus der Bundespolitik berichten und dabei mit Bürgermeisterin Sandra Pietschmann, Vertretern der Verwaltung sowie lokalen Unternehmern über die Lage vor Ort sprechen. Mein Vortragsthema „Wert der Arbeit – eine volkswirtschaftliche Einschätzung der aktuellen Situation“ bildete den Ausgangspunkt für eine lebendige Diskussion. Der „Talk-in-Town“ ist zweifelsohne kein „smalltalk“, sondern ein Musterbeispiel für eine städtische Initiative zur Vernetzung der lokalen Wirtschaft in wechselseitigem Interesse.

### Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 75621  
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.02.2024



## Europäische Union – weit mehr als ein Projekt

Die Europäische Union, das ist – trotz aller berechtigten Kritik und mancher Differenzen ihrer Mitgliedstaaten – eine Erfolgsgeschichte, die auf unserem Kontinent für Frieden und Stabilität sorgt. In diesem Jahr ist **am 9. Juni Europawahl**, und bei der können erstmals auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben.

Ein gewichtiger Grund mehr, das Thema „Europa“ bei jungen Menschen präsenter zu machen: Im Rahmen des „EU-Projekttags“ besuchte ich zwei Schulen und traf dabei sowohl in der Wilhelmine-Fliedner-Gesamtschule Hilden als auch im Städtischen Gymnasium Haan auf äußerst politikinteressierte Schülerinnen und Schüler. Demokratie, wie gesellschaftliches Zusammenleben überhaupt, lebt davon, dass möglichst viele sie aktiv mitgestalten. Bei den Zehnt- und Elftklässlern in Hilden und Haan bin ich da guter Dinge.



## Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Angesichts der wachsenden Herausforderungen im Umgang mit dem Fachkräftemangel habe ich mit meinem Fraktionskollegen Jürgen Hardt MdB aus Solingen die Kocks GmbH in Hilden besucht. Im Mittelpunkt des Besuchs stand der Austausch mit Geschäftsführer Ali Bindernagel über Strategien zur Bewältigung des Fachkräftemangels und die Übergabe einer Maßnahmenliste.

Als führendes Unternehmen im Bereich der Walztechnik ist man sich bei Kocks der Bedeutung qualifizierter Arbeitskräfte bewusst und setzt sich aktiv für wirksame Lösungen ein. Die Diskussionen während des Besuchs konzentrierten sich auf die Identifizierung von Engpässen und die Entwicklung von konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes sowie zur Entbürokratisierung bei der Integration gewonnener Arbeitskräfte aus dem nichteuropäischen Raum. Der Besuch bei Kocks markiert einen wichtigen Schritt im gemeinsamen Bemühen, nachhaltige Lösungen für eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit zu finden.





Die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, sind zahlreich. Viele Probleme ließen sich auch ohne den Einsatz von Geld lösen. Ich denke hier an den dringend erforderlichen Bürokratieabbau, unter dem nahezu alle Unternehmen in Deutschland leiden, oder an neue Handelsvereinbarungen, die unsere Exportwirtschaft in der neuerdings so fragmentierten Welt dringend braucht. Auch im Bildungssektor ist Geld nicht immer die Lösung, wie viele international vergleichende Studien zeigen.

Für viele andere Probleme braucht es aber Geld, sehr viel Geld. Und das steht auch für den Staat nicht in unbegrenzter Höhe zur Verfügung. Allein für den Umbau unserer gesamten Gesellschaft zur Klimaneutralität wird die Rechnung mehrere hundert Milliarden Euro betragen. Zudem muss unsere Infrastruktur von der Schiene und den Straßen über die Schulen bis hin zu vielen Krankenhäusern ertüchtigt werden. Und auch der Preis für unsere Freiheit ist seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich gestiegen. Die Friedensdividende der neunziger Jahre, über die wir uns alle so gefreut haben, ist leider weg. Jetzt müssen wir unsere Ausgaben dauerhaft auf das Nato-Ziel von 2 % des Bruttoinlandsprodukts anheben – und zwar unabhängig davon, wer in den USA im November Präsident wird.

Wie soll das alles bezahlt werden? Im politischen Berlin gibt es einige, die hierfür eine Aufweichung unserer Schuldenbremse fordern. Sie machen dieses Instrument dafür verantwortlich, dass die finanziellen Mittel zur Verbesserung unserer Infrastruktur und unserer Wirtschaft fehlen. Prominentester Anhänger dieser These ist der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Keine Sitzungswoche vergeht, in der er nicht die Aufnahme neuer Schulden fordert, um die Transformation der Wirtschaft anstoßen zu können. Auch für die jetzt so notwendigen Steuerentlastungen fordert er eine Aufweichung der Schuldenbremse.

### Schuldenbremse hat Verfassungsrang

Aber was sagt eigentlich die Schuldenbremse? Eingeführt wurde diese im Jahr 2011, und sie wurde zudem im Grundgesetz verankert. Sie hat also Verfassungsrang! Laut Artikel 109 GG müssen der Bund und die Länder ihre Haushalte ohne die Aufnahme von Krediten ausgleichen. Für den Bund gibt es allerdings eine Ausnahme. Er darf Schulden in Höhe von maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufnehmen. Nicht viel möchte man vielleicht meinen. Aber bei einem BIP von mehr als 4.000 Mrd. € sind allein dies knapp 15 Mrd. € jährlich. Zudem sieht die Schuldenbremse Ausnahmen für besondere Notlagen wie Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen vor. Hieraus ergeben sich bei Erklärung einer Notlage noch einmal erhebliche Ausgabenspielräume. So lag im Jahr 2023 die Kreditaufnahme um satte 45 Milliarden Euro über dem Wert, der laut Schuldenregel zulässig gewesen wäre. Eingeführt wurde die Schuldenbremse vor allem, um zu verhindern, dass der Staat immer mehr Schulden macht, denn dies würde die kommenden Generationen benachteiligen und zu immer höheren Zinslasten führen. Die Gestaltungsspielräume im Haushalt würden damit immer geringer. Allein aus diesen Gründen halte ich die Schuldenbremse für sinnvoll. Es gibt aber noch ein weiteres Argument: Weil die Ausgabenspielräume nicht unbegrenzt sind, ist der Staat gezwungen, eine gute Balance aus Investitionen und Sozialausgaben zu finden. Neue Schulden werden nämlich viel zu selten für Investitionen in die Infrastruktur oder die Bildung genutzt. Meistens, so die politische Erfahrung der letzten Jahre hier und anderswo, dienen sie der Finanzierung neuer sozialer Wohltaten.

### Schuldenbremse verhindert die unwichtigen Ausgaben

Ich sehe es daher so: Die Schuldenbremse verhindert nicht die wichtigen Ausgaben, sondern die unwichtigen. Heißt das, dass wir tatsächlich zu wenig Geld haben, um die Probleme der Zukunft zu bewältigen? Sicher nicht, denn Deutschland ist immer noch ein wohlhabendes Land mit prall gefüllten Steuertöpfen. Allein 1.000 Mrd. € haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2023 eingenommen, ein Rekord. Erforderlich ist aber, dass die Regierung die staatlichen Ausgaben besser priorisiert. Wenn die Transformation der Wirtschaft zu Klimaneutralität eine so wichtige Aufgabe für die Menschheit ist - eine Einschätzung, die ich übrigens teile -, dann muss die Regierung auch die Kraft haben, die Ausgaben entsprechend zu priorisieren, auch wenn dies an der einen oder anderen Stelle Einschnitte bedeutet. Zum Nulltarif wird Klimaneutralität jedenfalls nicht zu haben sein. Aber selbst dann wird es der Staat allein nicht schaffen. Erforderlich ist auch, dass er gute Rahmenbedingungen für private Investitionen schafft. Nur wenn dies gelingt, werden wir die Zukunft auch gewinnen.

